

Die GRÜNEN-Pläne einer CO₂-Steuer werden zu Lasten der Steuerzahler gehen

Eine CO₂-Steuer dient lediglich der Einnahmenmaximierung des Staates.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Finanzausschusses, **Dr. Bruno Hollnagel**, hat den CO₂-Steuerplänen der GRÜNEN eine klare Absage erteilt, weil damit lediglich ein neuer Bürokratieaufwand ins Leben gerufen und kein nachhaltiger Klimaschutzeffekt erreicht werde: „Deutschlands Einfluss auf den globalen CO₂ ist nach der Formel des Weltklimarates vernachlässigbar gering. Der Klimaschutzeffekt einer CO₂-Steuer ist nicht zuverlässig prognostizierbar. Der Vorschlag der Grünen dient der Einnahmenmaximierung des Staates. Diese Einnahmen wollen die Grünen für soziale Umverteilung nutzen. Die AfD-Fraktion lehnt eine zusätzliche Belastung der Bürger ab, wir fordern Entlastungen. Das gilt auch für den bürokratischen Aufwand. Wer meint, CO₂-Emissionen reduzieren zu wollen, der sollte das auf der Grundlage von kostenlosen Zertifikaten tun, die eine kontinuierlich abnehmende CO₂-Emission zulassen. Ein Zertifikatehandel würde dann marktwirtschaftlich dafür sorgen dass ein CO₂ Emissionsabbau gezielt und zuverlässig und vor allem ökonomisch vertretbar erfolgt“, so Hollnagel.

Einem Thesenpapier zu Folge zielen die CO₂-Steuerpläne der GRÜNEN darauf ab, bei Strom, Wärme und Verkehr eine Tonne Kohlendioxid mit zusätzlich 40 Euro (Einstiegspreis) zu belasten. Bei einer Umsetzung dieser Vorschläge würde z. B. die Tankfüllung eines Autos mit 60 Litern etwa 5,70 Euro mehr kosten. Für 2.500 Liter Heizöl müssten zirka 320 Euro mehr bezahlt werden. Da das Ganze aufkommensneutral erfolgen soll

und die Bürger die Mehrausgaben von 14,8 Milliarden Euro zurückerstattet bekommen sollen, stehe die Frage im Raum, was damit eigentlich erreicht werden soll? Hollnagel befürchtet, dass eine CO₂-Steuer eben nicht aufkommensneutral ablaufen werde, vom bürokratischen Mehraufwand ganz zu schweigen.